

ПУБЛИЧНАЯ  
БИБЛИОТЕКА  
С. С. С. Р.  
И. П. ПЕТЕРБУРГ

# Unsere Wirtschaft

Organ der Kooperativen Kommission des Geb.-Kom. der K.P.S. der U.S.S.R. der Wolgadeutschen

Illustrierte Wochenschrift

zur Aufklärung der Landbevölkerung in Land- und Wirtschaftsfragen, sowie in Wissenschaft, Kultur und Technik.

Nummer 15.

Botrowsk, 17. April 1927.

Jahrgang 6





## Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Klärung einer wichtigen kooperativen Frage. . . . .	181
Politische Rundschau . . . . .	282
Aus dem Räteende . . . . .	288
 <b>Wirtschaftsaufbau:</b>	
Zur Einführung der allgemeinen Schulpflicht. Von G. C. . . . .	284
Die Reijensaat. Von K. Holzmann, Agronom . . . . .	287
Was soll in diesem Jahr mit dem Zigarrentabak geschehen? Von Heinrich Lobes. . . . .	28g
Die Wege der Entwicklung unserer Viehzucht. Von J. Koll, Agronom . . . . .	289
 <b>Kooperation:</b>	
Die Organisationszustand des unteren Netzes des landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbandes am 1. Januar 1927. Von A. L. . . . .	293
Vertragsmäßige Ausfaat von Sonnenblumen und Senf. Von J. Schmidt. . . . .	294
Ist das die richtige Verwendung der Armenfonds? Von Ch. Sch. . . . .	282
Zur Ermäßigung der Preise in den Konsumkooperativen. Von Joh. Braun. . . . .	290
 <b>Kooperative Chronik:</b>	
Kleine Mitteilungen. . . . .	296
 <b>Kultur und Natur:</b>	
Die ersten Tage der Kerenstiade. Von B. C. Dybenko. (Fortsetzung.) . . . . .	297
Was sein muß, muß sein. Von Chr. Baltasar. (Fortsetzung.) . . . . .	299
Streikbrecher. Von Ernst Maar. . . . .	300





# Unsere Wirtschaft

Illustrierte Wochenschrift

zur Aufklärung der Landbevölkerung in Land- und Wirtschaftsfragen,  
sowie in Wissenschaft, Kultur und Technik.

Nummer 15.

Pokrowsk, 17. April 1927.

Jahrgang 6.

## Klärung einer wichtigen kooperativen Frage.

Am 5. April fand eine Plenarsitzung des Zentralen Kooperativen Rats statt, an der auch der Vertreter unserer Republik teilnahm. Die Arbeiten dieser Plenarsitzung und hauptsächlich die Debatten der Teilnehmer charakterisierten so recht die allgemeine Lage der Kooperativen Räte. Die Kooperativen Räte existieren schon eine geraume Zeit, aber bis jetzt war ihre Lage noch sehr unklar, und über ihre Funktionen herrschten nicht nur an Ort und Stelle, sondern auch im Zentrum verschied. Ansichten.

Eine Ansicht ging dahin, daß der Kooperative Rat niemals die nötige Autorität bei den verschiedenen kooperativen Zentren erwerben könne, da es zwischen diesen Zentren oft unüberbrückbare Gegensätze gäbe, in denen der Kooperative Rat stets die Interessen desjenigen Systems vertrate, aus dem die beständigen Arbeiter des Rats hervorgegangen seien. Deshalb verlangten die Vertreter dieser Ansicht die Liquidierung der Räte als überflüssiger Organisationen.

Eine andere Ansicht war der vorigen ganz entgegengesetzt. Die Vertreter dieser Ansicht wollten die Funktionen der Kooperativen Räte derart erweitern, daß aus den in Frage stehenden Organen ein ganzes Kooperatives Volkskommissariat entstanden wäre. Dieses hätte natürlich dazu geführt, daß der Kooperative Rat oder das Kooperative Volkskommissariat nicht nur die Arbeit und die Verantwortung der kooperativen Zentren übernommen, sondern auch den gesellschaftlichen Charakter der Kooperation vernichtet, sie also verstaatlicht hätte.

Eine dritte Ansicht, die jetzt auch die Oberhand gewonnen hat, verlangte, daß sich die Kooperativen Räte nicht mit allen Kleinigkeiten der kooperativen Arbeit der verschiedenen Systeme beschäftigen, sondern nur die wichtigsten prinzipiellen Fragen lösen sollen.

Aus den Debatten und den Entschliefungen der Sitzung gewinnt man die Ueberzeugung, daß der richtige Weg nun gefunden ist, daß die bisherige Unsicherheit und die Schwankungen der Ver-

gangenheit angehören. Der Kooperative Rat kann im weiteren den Hauptsystemen der Kooperation eine viel größere und bessere Hilfe bei der Durchführung ihrer Hauptaufgaben gewähren, als das früher der Fall war. Die wichtige und große Aufgabe der Ermäßigung der Preise kann nicht ohne den Kooperativen Rat geführt werden. Und was hat er in dieser Hinsicht getan? Er hat Anweisungen über die Einschränkung der Kongresse, Konferenzen usw. gegeben. Das ist natürlich ungenügend. Der Kooperative Rat muß die wirkliche Lage nachprüfen und sachliche Vorschläge zur Verwirklichung der Preisermäßigung und zur Beseitigung der hier und da vorkommenden Fehler machen. Der Kooperative Rat muß der landwirtschaftlichen Kooperation in der Hereinziehung des ganzen Dorfes in ihr Netz behilflich sein. Er muß auch der bäuerlichen Wirtschaft die notwendige Richtung geben helfen. Vor den Wirtschaftsorganen des Rätebundes steht die große Aufgabe der Ausarbeitung des fünfjährigen Bauplans der Industrie. Die Kooperation nimmt unter den Wirtschaftsorganen nicht den letzten Platz ein, und ihr Bauplan wird eine nicht geringe Stelle in dem allgemeinen Plan einnehmen. Hinsichtlich der Einführung des kooperativen Industriebauplans in den allgemeinen Plan hat der Kooperative Rat ebenfalls in der nächsten Zeit eine große Arbeit zu leisten. Auch die Frage der kulturellen Arbeit, die vor allen Systemen in gleichem Maße steht, ist eine Aufgabe, die der Kooperative Rat durch seine allgemeine Leitung ihrer Lösung näher bringen muß.

Alle diese Fragen in Betracht ziehend, beauftragte die Plenarsitzung das neugewählte Präsidium unter dem Vorsitz des Gen. Rubjak, die Grundbestimmungen über das Wesen und die Aufgaben der Kooperativen Räte auf Grund der nun schon gesammelten Arbeitserfahrungen auszuarbeiten und zur Bestätigung vorzustellen. Also ist zu erhoffen, daß die Arbeit der Kooperativen Räte bald vollständig geregelt und erfreuliche Erfolge aufweisen wird.



## Politische Rundschau.

In China ist die Lage heute wesentlich anders als vor einer Woche. Wenn sich auch die Imperialisten über ihr Vorgehen gegen die südchinesische revolutionäre Regierung nicht einigen können, so haben sie in bezug auf den Sowetbund eine gemeinsame Sprache gefunden. Der Handlanger der Imperialisten, Tschangtsolin, der die Hauptstadt Chinas noch in Händen hat, wurde durch die ausländischen Vertreter gegen unsere Gesandtschaft gehegt und unternahm in den Gebäuden der Gesandtschaft eine Reihe Hausdurchsuchungen, Verhaftungen der Angestellten und Beschlagnahmungen von Büchern, Geschäftspapieren, Privateigentum usw. vor. An dem frechen Ueberfall auf unsere Gesandtschaft nahm chinesisches Militär und Polizei teil. Aber ohne die Erlaubnis der imperialistischen Vertreter hatten die Soldaten Tschangtsolins gar nicht das Recht, das Gesandtschaftsviertel zu betreten. Also erhielt Tschangtsolin von England den Befehl und von dem Ältesten des Diplomaten-corps die ausdrückliche Erlaubnis zum Ueberfall auf unsere Gesandtschaft. In Schanghai erreichte man dasselbe durch die russischen Weißgardisten. Wäre so etwas mit einer sonstigen Gesandtschaft, z. B. mit der englischen vorgekommen, so wäre eine blutige Antwort der Imperialisten erfolgt. Das Beispiel hatten wir erst unlängst in Nanking, wo das aus Rußland geflohene weißgardistische Gesindel im Einvernehmen mit den chinesischen Konterrevolutionären einen Plünderungszug gegen die Europäer unternahm, um die revolutionäre Armee und Regierung in eine schwere Lage zu bringen. 2000 Menschenleben und die Trümmer der Stadt Nanking war die Rache, und jetzt kommen die Proteste und Entschädigungsforderungen, die natürlich nicht an die Schuldigen gestellt werden.

Der Rätebund handelte nicht so. Er hat China mit allen anderen Staaten gleichgestellt, hat sich von allen Sonderrechten losgesagt und unterhält auch kein Militär dort. Durch geduldige friedliche Arbeit will der Rätebund dem chinesischen Volk zeigen, daß er sein Freund ist. Und je mehr das gelingt, je mehr die Volksmasse ihn als Freund ansieht, desto größer werden die Frechheiten und Banditenausfälle der Imperialisten und ihrer Handlanger uns gegenüber. Sie rechnen so: Wenn der Rätebund über diese Frechheiten außer sich gerät und mit der Faust dreinschlägt, so können wir ihn als Feind Chinas hinstellen; tut er es nicht, nun

so ist er ein Schwächling, dem gegenüber man sich alles erlauben kann. Das sind die altbekannten Kniffe der imperialistischen Diplomatie, die noch nichts weiter gelernt hat. In Wirklichkeit untergraben sie die Autorität des Rätestaats durch solche Ueberfälle nicht, sondern umgekehrt, sie tragen sehr viel bei zur Hebung unserer Autorität nicht nur in den Augen der chinesischen, sondern auch der europäischen werktätigen Massen. Unsere aufrichtige Friedensarbeit wird von der Arbeiterklasse unseres heftigsten Gegners, Englands, anerkannt. Die Führer, mit denen wir wegen des Verrats der Bergarbeiter auseinandergegangen waren, kommen wieder. Erst vor kurzem fand in Berlin eine gemeinsame Sitzung statt. Das ist ein Zeichen des Drucks der Arbeiterklasse. Und in ganz China ist unter den Werktätigen durch den unerhörten Ueberfall der größte Haß gegen die Imperialisten entfacht worden, die in ihrem Lande noch schalten und walten können, wie es ihnen gut dünkt. Der Ueberfall auf unsere Gesandtschaft wird ebenfalls dazu beitragen, die Imperialisten in China unmöglich zu machen. Die Räteregierung hat zum Zeichen des Protests die Gesandtschaft aus Peking abberufen. Wir wollen hoffen, daß die Gesandtschaft ihren Sitz bald bei der nationalen Regierung haben wird, die nach und nach ganz China erobern wird.

Die Ausländer, hauptsächlich die Engländer, planen, eine Blockade des Flusses Yangtse, an dem die größten Städte wie Schanghai, Nanking und Hankau liegen, durchzuführen. (Diese Städte befinden sich bekanntlich schon in den Händen der revolutionären Regierung.) Nicht nur der Handel, sondern auch die Kriegsführung des revolutionären Chinas soll dadurch lahmgelegt werden. Freilich können die Imperialisten der revolutionären Bewegung noch ungeheuren Schaden zufügen, aber im Blut ersticken läßt sie sich nicht mehr. Das lassen die „feinen“ Diplomaten der alten Schule außer acht.

In Rom gab es in der letzten Woche große Feierlichkeiten. Zwischen Italien und Rumänien wurde ein sogenannter Freundschaftsvertrag abgeschlossen. Die beiden Staaten, die den Bolschewismus durch die faschistischen Methoden beseitigt haben, haben sich nun in Liebe und Eintracht zusammengefunden. Das ist natürlich ein sehr ernster Grund zur Zusammenarbeit; aber die Spitze ist nicht nur gegen uns, sondern hauptsächlich



gegen Frankreich gerichtet, das dem jungen Faschismus Italiens überall im Wege steht.

Der Kampf gegen die Arbeiterklasse hat in der letzten Woche zwei krasse Beispiele der Feinseligkeit der Demokratie geliefert. In der Republik Deutschland wurde der Achtstundentag nun auch offiziell abgeschafft. Auch das Zentrum, das in seinen Reihen eine Menge katholischer Arbeiter hat, stimmte gegen den Achtstundentag. Gleichzeitig wurde in England das Gesetz gegen

die Gewerkschaften im Parlament eingebracht. Bei dem heutigen Bestand des Parlaments ist dem Gesetz die Annahme gesichert. Dieses Gesetz soll den allgemeinen Streik und viele andere Errungenschaften der Arbeiterklasse abschaffen. Die Gewerkschaften rufen einen außerordentlichen Gewerkschaftskongress zusammen, um zu dem Gesetz Stellung zu nehmen! Die Minderheitsbewegung erklärte einen eintägigen Proteststreik gegen das Gesetz.

## Aus dem Rätebunde.

**Günstige Zustellung von Bauholz für die Bauern.** Das Volkskommissariat für Landwirtschaft hat mit dem Kommissariat für Verkehrswesen eine Vereinbarung getroffen betreffs Bergünstigung bei Beförderung von Bauholz für die Bauern auf der Eisenbahn. Der Tarif wird um 25 Proz. ermäßigt, gleichzeitig damit werden auch die Preise auf Bauholz herabgesetzt.

**Das Getreide aus Sibirien muß ausgeführt werden.** Die beträchtliche Ernte in Sibirien und die damit zusammenhängende Ansammlung von Getreidevorräten in den Ostrayons zwingen die Regierung, außerordentliche Maßnahmen zur rechtzeitigen Ausfuhr dieses Getreides nach Zentralrußland zu ergreifen.

Der Rat für Arbeit und Landesverteidigung wird daher die Norm für Getreidefrachten im April erhöhen.

**Vertrag mit einer deutschen Firma.** Der Rat der Volkskommissare hat den zwischen dem Leningrader Maschinentrust und der deutschen Aktiengesellschaft „Brüder Sulzer“ abgeschlossenen Vertrag bestätigt, dem zufolge der Leningrader Maschinentrust allein berechtigt ist, Zweitakt-Dieselmotoren aller Stärken nach dem System der Firma „Brüder Sulzer“ zu bauen und auf dem Gebiete unserer Union abzusetzen.

**Grasausfaat in der Ukraine.** Alle Bezirksverwaltungen der Ukraine berichten über vermehrte Grasausfaaten. Überall wachsen die Nachfragen nach Grassamen und die Zuwendungen von Krediten für Gräserkulturen.

**Auflösung überflüssiger Anstalten.** Von 253 in Charkow registrierten Vertretungen wurden vom Volkskommissariat der Arbeiter- und Bauern-

inspektion 118 liquidiert und 32 umgestaltet, was eine Ersparnis von 1,5 Millionen Rubel gibt.

**Mechanisierung der Brotbäckereien.** Im Laufe der nächsten fünf Jahre werden die Brotbäckereien in 94 der größten Industriezentren mechanisiert. Es besteht der Plan 100 Brotfabriken mit einer Tagesproduktion von 172.000 Pud einzurichten. Das dazu notwendige Kapital von 18 Mill. Rubel soll zum Teil (6 Mill. Rubel) an den Orten, zum Teil (12 Mill. Rubel) durch das Staatsbudget aufgebracht werden.

**Unsere Verkehrsmittel mehren sich.** Die Sormower Werke werden in diesem Jahr 62 Lokomotiven, 850 Waggons und 60 Trambahnwagen herstellen.

**Fabrik zur Herstellung von Nähmaschinennadeln.** Die staatliche Nähmaschinenfabrik in Leningrad baut eine eigene große Werkstätte zur Herstellung von Nähmaschinennadeln. Die Einrichtung für diese Fabrikwerkstätte wurde in Deutschland bestellt. Ihre Jahresproduktion wird ungefähr 10 Millionen Stück Nähnadeln betragen.

**Neue Kurorte.** An Stelle der für die Kurseason in Sebastopol vorgemerkten 650 Betten sind 1000 Betten eingerichtet. Im Laufe des Sommers werden zwei Sanatorien am Meere wiederhergestellt. Außerdem werden dort ein neuer Kurort und zwei Bergkurorte, Dolossy und Tusler, organisiert.

**Sibirische Konserven.** Im Gebiete von Turuchansk und Jarym werden vier neue Konservenfabriken errichtet, deren Produktivität 1 Million Konservenbüchsen betragen soll. Besonders in Betracht kommen Wild- und Pastetenkonserven.



## Wirtschaftsaufbau.

### Zur Einführung der allgemeinen Schulpflicht.

Von E. S.

Auf dem 4. Rätekongreß unserer Republik wurde außer anderen lebenswichtigen Fragen auch die so überaus wichtige Frage des Volksbildungswesens verhandelt. Der Volkskommissar für Volksbildung, Gen. J. Schönfeld, führte in der Einleitung zu seinem eingehenden und sachgemäßen Bericht über das Volksbildungswesen unter anderem folgendes aus: „Wir sind an derjenigen Grenze der Wiederherstellung unserer Volkswirtschaft und der Entwicklung des Sowetaufbaus angelangt, wo der Erfolg des weiteren Aufbaus immer mehr, immer stärker von dem Erfolg der Volksbildung abhängen wird.“ Die Wahrheit dieser Worte muß jedem einleuchten. Um den sozialistischen Aufbau erfolgreich fortzusetzen, müssen wir alles daransetzen, daß die Volksbildung auf die erforderliche Höhe kommt und, was die Hauptsache ist, allumfassend wird; denn Fleiß und guter Wille allein genügen noch nicht, den Forderungen, die das Leben, und ganz besonders das Leben in den Verhältnissen des sozialistischen Aufbaus, an uns stellt, Genüge zu leisten. Nebst Fleiß und gutem Willen muß man auch Wissen und Können besitzen, um das Leben regeln und verbessern zu helfen. Das gilt sowohl für die Gesamtheit, wie für den Einzelnen, was Gen. Lenin ganz klar mit den Worten ausdrückt: „Jede Köchin soll lernen, den Staat zu regieren.“

Dem Gedanken unseres großen Führers getreu, ist unsere Regierung dazu geschritten, die allgemeine Schulpflicht einzuführen, und die breiten Schichten der Arbeiter und Bauern sehen die Notwendigkeit einer durchgreifenden und umfassenden Volksbildung auch immer mehr ein und kommen dem Beginnen ihrer Regierung immer mehr entgegen, was auch in folgenden Worten des Genossen Schönfeld zum Ausdruck kommt: „Die verfloßene Periode wird durch einen großen Drang und ein stark wachsendes Bedürfnis nach Aufklärung seitens der breiten Arbeiter- und Bauernbevölkerung charakterisiert: der Andrang der Kinder in die Anfaangschule, die verstärkte Nachfrage nach höheren Schulen, nach Lesehallen, nach Büchern usw. sind untrügliche Zeichen dafür.“

Wird aber diesem Beginnen der Regierung und dem Aufklärungsbedürfnis der werktätigen Bevölkerung auch Genüge geleistet? — Wir vernehmen darüber in dem erwähnten Bericht unter anderem folgendes: „Das Jahr 1924 war für die Aufklärungstätigkeit ein Entscheidungsjahr: von diesem Jahre an hört die Einschränkung des Netzes der Aufklärungsanstalten auf; es wird ein festes Netz aufgestellt. Von dem Verfall in den Jahren 1921—1923 gehen wir auf allen Gebieten der Aufklärungstätigkeit zum Aufbau über. Durch die allmähliche Festigung des örtlichen Budgets wird auch das Aufklärungswesen auf eine festere materielle Grundlage gestellt, die uns gestattet, die Frage einer planmäßigen Entwicklung der Aufklärung und der Verbesserung der Arbeit unserer Aufklärungsanstalten aufzuwerfen.“ Und weiter: „Wir müssen feststellen, daß trotz des verhältnismäßigen Wachstums aller Aufklärungszweige unter den Bedingungen des verstärkten Kulturbedürfnisses der Bevölkerung und des allgemeinen wirtschaftlichen Aufstiegs unsere Möglichkeiten in der verfloßenen Periode von einer vollen Befriedigung aller Aufklärungsbedürfnisse und -Anforderungen weit entfernt waren.“

Das Gesagte gilt auch für den allgemeinen Schulunterricht, dessen Einführung eine der wichtigsten Fragen der Volksbildung ist. Gen. Schönfeld führte unter anderem folgendes darüber aus:

„Die Einführung des allgemeinen pflichtmäßigen Unterrichts erscheint als eine der brennendsten Fragen in der ganzen Aufklärungstätigkeit, sowohl in der Gegenwart, als auch für eine große bevorstehende Zeitspanne. Wir halten diese Frage für eine Kernfrage, auf die unsere ganze Aufmerksamkeit gerichtet werden muß; alle übrigen Aufklärungszweige müssen, in ihrem Entwicklungsprozeß entsprechend koordiniert, mit dieser Grundfrage der Aufklärung in Zusammenhang gebracht werden. Gleich im Anfang muß mit besonderer Schärfe hervorgehoben werden, daß die Frage der Einführung des allgemeinen Unterrichts ihrem Wesen nach nicht eine Aufgabe enger Aufklärungs-



freise oder eine speziell pädagogische Frage ist. Das ist eine Frage, die eine besondere Beachtung der Staatsmänner, der gesellschaftlichen Arbeiter und der breiten Arbeiter- und Bauernmassen erheischt.

Der allgemeine Unterricht soll bei uns in der Republik auf der Grundlage der Schule 1. Stufe mit vierjährigem Lehrkursus eingeführt werden. Als Ausgangspunkt beim Aufstellen des Planes bei uns in der Republik nahmen wir das Schuljahr 1925/26.

Indem wir erst zur Frage der Einführung des allgemeinen pflichtmäßigen Unterrichts herantreten, müssen wir feststellen, daß vorläufig noch das schulpflichtige Alter im Durchschnitt nur auf 51,3 Proz. erfaßt ist, was zum großen Teil dadurch erklärt werden muß, daß in der Schule eine große Zahl von Ueberwüchslingen vorhanden ist. Die Umfangsmöglichkeit würde nach der faktischen Anzahl der Plätze in der Schule (ohne die Ueberwüchslinge) im Durchschnitt 79,5 Proz. der Gesamtzahl der Kinder des schulpflichtigen Alters erreichen.

Ein beträchtlicher Teil der Lernenden beendet bei uns den vollen Schulkursus nicht. Zwar ist in den letzten zwei Jahren eine gewisse Verbesserung zu bemerken; dennoch gelangen bis zur 3. Gruppe nur 20 Proz., bis zur 4. Gruppe nur 10 Prozent der Lernenden.

Die Kinder der wohlhabenden Schichten gelangen häufiger in die ältesten Gruppen als die Kinder der armen und Mittelbauern. Dieselbe Erscheinung können wir auch bezüglich der Versäumnisse im Laufe des Schuljahres beobachten: die Versäumnisse aus Mangel an Kleidung betragen etwa 30 Prozent."

Des weiteren sprach Gen. Schönfeld von der Notwendigkeit, Maßnahmen zu ergreifen, den Kindern der ärmeren Schichten die Schule zugänglicher zu machen, zu welchem Behuf die armen Kinder mit Kleidern und Fußwerk versorgt werden sollen. Auch soll nach Möglichkeit ein Frühstück in der Schule verabreicht werden. Eine unbedingt notwendige Maßnahme ist die Versorgung der Kinder mit den erforderlichen Büchern und Schreibgerätschaften.

„Nach den vorgenommenen Berechnungen, führte Gen. Schönfeld weiter aus“, haben wir zur Bedienung des Schulnetzes 1. Stufe zum Moment der Einführung des allgemeinen pflichtmäßigen Unterrichts noch 640 deutsche Lehrer und 264 russische vorzubereiten.

Dazu müssen wir noch zwei deutsche pädagogische Techniken eröffnen sowie auch den pädagogischen

Einschlag bei den Schulen 2. Stufe befestigen; außerdem müssen auch einjährige pädagogische Kurse eröffnet werden.

Schon bei dem gegenwärtigen Zustand des Schulnetzes müssen wir feststellen, daß die Kubatur der Schulräume nicht genügt: etwa 35 Proz. der Schulen arbeiten in zwei Schichten. Um die Schulen normal unterzubringen, müßten zum Moment der Einführung des allgemeinen pflichtmäßigen Unterrichts in unserer Republik 153 vierklassige Schulgebäude mit einer Gesamtkubatur von 130.396 Kubikmeter erbaut werden. Zur Verwirklichung dieses gewaltigen Planes des Schulbaus ist die Summe von 7.309.056 Rubel erforderlich. Wir mußten in unserem Plane feststellen, daß wir zum Moment der Einführung des allgemeinen Unterrichts nicht imstande sein werden, den Schulbau zu vollenden: wir planen den Schulbau in einer zwanzigjährigen Frist, zum Jahre 1946 zu beenden, d. h. im Laufe einer Reihe von Jahren, und nach Einführung der allgemeinen Schulpflicht werden wir immer noch nicht von den Beschäftigungen in zwei Schichten befreit sein. In der Frage des Schulbaus müssen wir, die Größe des materiellen Aufwands in Betracht ziehend, die örtliche gesellschaftliche Initiative allseitig entwickeln und die Bevölkerung selbst dazu heranziehen. Schon im verflossenen Jahre hat der Rat der Volkskommissare bei der Beratung der Kontrollziffern des örtlichen Budgets für das Jahr 1926/27 die vom Kommissariat für Volksaufklärung eingebrachte Frage in bezug auf die Schaffung eines anspornenden Schulbaufonds geprüft, um die öffentliche Initiative durch Subsidien und Darlehen aufrecht zu erhalten. Der Rat der Volkskommissare hat dies prinzipiell für zweckmäßig befunden und es der Budgetkommission zur Prüfung überwiesen; jedoch die allgemeinen Budgetverhältnisse gestatteten die Verwirklichung dieser wichtigen Maßnahme im laufenden Jahre nicht. Man muß annehmen, daß vom nächsten Jahre an dieser Fonds geschaffen werden wird, umso mehr, da über diese Frage ein Beschluß der Zentralregierung der RSFSR vorliegt.

Auf diese Weise müssen sich unsere Hauptmaßnahmen in der praktischen Verwirklichung der Frage der Einführung des allgemeinen pflichtmäßigen Unterrichts in folgender Richtung entwickeln: 1. Entfaltung des bestehenden Schulnetzes 1. Stufe; 2. Entfaltung der Schulen für Ueberwüchslinge, um dem Rückfall ins Analphabetentum vorzubeugen und die Schule 1. Stufe von den Ueberwüchslingen zu befreien; 3. Entfaltung aller Anstalten und Maßnahmen zur Vorbereitung von pädagogischem



Personal; 4. Beginn des planmäßigen Baus neuer Schulgebäude und Hereinziehung der örtlichen gesellschaftlichen Initiative in die Angelegenheit des Schulbaus; 5. Schaffung normaler Bedingungen für die Arbeit der Schule 1. Stufe und Ergreifung von Maßnahmen zur materiellen Hilfeleistung für die Kinder der ärmsten Bauernmassen; 6. Schaffung eines anspornenden Schulbaufonds zur Beschleunigung der Frage des allgemeinen Unterrichts.

Das alles sind nur die Grundfragen des allgemeinen Unterrichts. Dem Kommissariat für Volksaufklärung ist es vollkommen klar, daß die Verwirklichung des allgemeinen Unterrichts eine ungeheure Belastung des Budgets erfordert; aber es ist auch für uns vollständig klar, daß diese Maßnahmen einmal durchgeführt werden müssen und daß es je weiter, desto schwerer wird. Der allgemeine Unterricht muß aber in den vom Dekret festgesetzten Fristen unbedingt durchgeführt werden, unabhängig von irgendwelcher Möglichkeit. Dieser Grundsatz des Kommissariats für Volksaufklärung wird auch durch den Beschluß der 3. Session des Zentralvollzugskomitees der 12. Einberufung bestätigt. § 4, P. a lautet: „Den Teil der Ausgaben für die allgemeine Bildung in den örtlichen und im Staatsbudget mit der Berechnung festsetzen, damit ihr alljährliches Anwachsen die Verwirklichung der bestätigten Pläne über den allgemeinen Grundunterricht sichere.“

Der Kongreß hat nach gründlicher Erörterung der Frage des Volksbildungswesens überhaupt und der Einführung des allgemeinen pflichtmäßigen Unterrichts im besonderen die Maßnahmen des Volksbildungskommissariats gebilligt und hinsichtlich der Einführung der allgemeinen Schulpflicht folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die allgemeine Schulpflicht muß nicht später als im Schuljahre 1933/34 eingeführt sein, wobei die Abkürzung dieser Frist für einzelne Kantone zuzulassen ist, wenn günstige Umstände hierzu vorliegen.

2. Um die Schule 1. Stufe von dem großen Prozentsatz von Kindern, die das erforderliche Alter schon überschritten haben, gegenwärtig aber noch die Schule 1. Stufe besuchen, zu entlasten und der Entstehung von neuen Massen Analphabeten vorzubeugen, muß nebst der Ausdehnung des Netzes der Schulen 1. Stufe bis zum endgültigen Moment der Einführung der allgemeinen Schulpflicht die Verbreitung eines besonderen Typs von Schulen — Schulen für Halbwüchsige — Hand in Hand gehen.

3. Zur vollständigen Versorgung der Elementarschule mit pädagogischem Personal müssen neue

pädagogische Technikums eröffnet und kurzfristige pädagogische Kurse veranstaltet werden, muß ferner die pädagogische Einstellung bei der Schule 2. St. vertieft und letztere dazu auf gehörige Weise ausgestattet werden, müssen Maßnahmen zum Abkommandieren junger Leute in ukrainische, estnische und tatarische Technikums zwecks ihrer Heranbildung zur pädagogischen Tätigkeit in den Schulen der entsprechenden Nationalitäten der U. S. R. R. der W. D. getroffen werden.

4. Für die neu zu eröffnenden Schulen und die Schulen, die in unentsprechenden Gebäuden untergebracht sind, muß zu einem planmäßigen Bau von neuen Schulgebäuden geschritten werden, zu dem in Anbetracht der dazu erfordernden großen materiellen Auslagen die örtliche gesellschaftliche Initiative heranzuziehen ist. Zum Zweck einer weitgehenden Ausnützung der Initiative der Bevölkerung beim Schulbau muß schon mit Beginn des bevorstehenden Budgetjahres ein Vorschußfonds für Schulbau geschaffen werden. Im Plan des Schulbaus müssen die neuen Siedlungen berücksichtigt werden, für die besondere Schulen zu bauen sind.

5. Um die Schularbeit überhaupt zu verbessern und im besonderen die Dauer des Schuljahres zu verlängern und eine normale Dauer des Schulbesuchs seitens der Lernenden zu erreichen und um die Schule für die Kinder der ärmsten werktätigen Bevölkerung so viel wie möglich zugänglich zu machen, ist es notwendig:

a) Maßnahmen zu treffen, um die ärmsten Schulkinder mit Kleidung und Fußwerk zu versorgen, b) Maßnahmen zu treffen, um die Lernenden vollständig unentgeltlich mit Lehrbüchern, Schreibzugehör und anderen Lehrmitteln zu versorgen, c) normale wirtschaftliche Bedingungen für die Schulbeschäftigten durch rechtzeitige Reparatur der Schulgebäude, Versorgung mit Heizmaterial und Befriedigung aller ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse zu schaffen, d) wo es notwendig ist, Internate für die Lernenden zu organisieren.

In Anbetracht der ungeheuren materiellen Auslagen, die die Verwirklichung aller Maßnahmen zur Einführung der allgemeinen Schulpflicht erheischt, beauftragt der Kongreß die Regierung:

1. Maßnahmen zur Erhöhung der Auslagen für das Volksbildungswesen in den örtlichen Budgets zu ergreifen;

2. die erforderlichen Subventionen von der Zentralregierung der RSFSR aus den Mitteln des Staatsbudgets, im besonderen Vorschüsse für den Schulbau zu erwirken;



3. besondere Assignierungen für Maßnahmen in Betreff des Elementarunterrichts in der allgemeinen Ordnung der Assignierungen nach dem Staatsbudgets der RSFSR zu erwirken.

Alle Anstalten und Organisationen und alle bewußten Sowetsbürger haben die Pflicht, diese Beschlüsse nach bestem Wissen und Können durchzuführen zu helfen.

## Die Reihensaat.

Von R. Holzmann, Agronom.

Wir sind alle im höchsten Grade daran interessiert, die Ertragsfähigkeit unserer Felder und damit die Einnahmen unserer Wirtschaft möglichst hoch zu bringen. Die Lösung dieser wichtigen Aufgabe verlangt nebst geregelter Landeinrichtung und regelmäßigem Fruchtwechsel, auch eine Vervollkommnung der Arbeitsweise, wobei die Reihensaat eine sehr wichtige Rolle spielt.

Die Einführung der Reihensaat steht schon einige Jahre auf der Tagesordnung, fand aber in unserer deutschen Republik sowie im ganzen Südosten bis jetzt noch leider keine befriedigende Lösung. Die Hauptursache davon ist hauptsächlich die schwere Lage unserer Wirtschaft als Folge des Weltkrieges, Bürgerkrieges und der Hungerjahre. Hier kommt der Mangel an Arbeitsvieh, Maschinen und Produktionsmitteln überhaupt in Betracht. Wir haben aber auch noch viele Ortschaften, wo die Reihensämaschine noch keine vollständige Anerkennung als Mittel zur Erhöhung der Ernte gefunden hat, was aus der sehr ungleichmäßigen Verteilung der vorhandenen Reihensämaschinen in den Dörfern unserer Republik zu sehen ist.

Der Hauptvorteil der Reihensaat ist in erster Linie die beträchtliche Ersparnis an Samen, die allein schon die Sämaschine in zwei, drei Saatperioden, je nach der Größe der bearbeiteten Landfläche, auskaufen kann, und zweitens die Erhöhung der Ernte.

Die Aussaatnorm für Weizen und Roggen beträgt in unserer Republik durchschnittlich von 4 Pud im südlichen bis 6 Pud im nördlichen Teile auf eine Dessjatine. Bei der Reihensaat braucht man erfahrungsgemäß 25 Proz. ( $1-1\frac{1}{2}$  Pud) weniger auf die Dessjatine als bei Streusaat. Wenn man mit einer elfreihigen Sämaschine, die gegenwärtig in der Niederlage landwirtschaftlicher Maschinen 140 Rubel kostet, im Frühjahr und Herbst nur zu 32 Dessjatinen befät, so beträgt die Ersparnis an Saatgut bei mittelmäßigen Fruchtpreisen bis 75 Rbl., so daß die Maschine sich nach der

zweiten Frühjahrssaat vollständig auskauft. Diese Berechnung ist so einfach, daß sie allein schon den Bauer überzeugen und bewegen kann, zur Reihensaat überzugehen.

Was die Erhöhung der Ernte durch die Reihensaat anbetrifft, so ist sie je nach der Beschaffenheit des Bodens, den klimatischen Verhältnissen des betreffenden Jahrganges, der Zeit der Aussaat, der Konstruktion der Maschine usw. freilich sehr verschieden; eine Erhöhung des Ernteertrages ist aber bei der Reihensaat in jedem Falle zu verzeichnen. Sie beträgt von 5 bis 20, ja sogar bis 30 Pud von der Dessjatine. Das erklärt sich dadurch, daß der Samen bei der Reihensaat gleichmäßig auf dem Acker verteilt und auch gleichmäßig in eine feuchte Bodenschicht untergebracht wird. Der Samen geht infolgedessen gleichmäßig auf, und die Pflanzen behindern einander nicht während ihrer weiteren Entwicklung. Bei der Wurfsaat aber gibt es auf manchen Stellen eine zu dichte, auf manche eine zu lichte Saat, mag der Säer auch noch so geschickt sein. Der Samen, der bei der Handsaat auf der Oberfläche liegen bleibt oder nur flach untergeeggt wird, geht in einem trocknen Frühjahr oftmals nicht auf; ebenso geht der zu tief untergeeggte Samen häufig nicht auf, und es gibt dann auf dem Felde kahle Stellen.

Durch die gleichmäßige Verteilung des Samens bei der Reihensaat stocken und reifen die Pflanzen auch gleichmäßig, wodurch die Natur der Körner höher wird.

In der Einführung der Reihensaat gingen die reorganisierten Wirtschaften unserer Republik mit gutem Beispiel voran. Schon im vergangenen Jahre waren die reorganisierten Wirtschaften in der Zahl von 480 mit 110 Reihensämaschinen versorgt, die in den meisten Fällen mit großem Erfolg angewandt wurden. Im laufenden Jahre wurden den 1200 reorganisierten Wirtschaften 210 Reihensämaschinen verabsolgt. Bei der bevorstehenden



Saat werden somit die erwähnten Wirtschaften mit 320 Reihensämaschinen arbeiten. Die Reihensämaschinen sind derart unter den reorganisierten Wirtschaften verteilt, daß eine 2—4 Wirtschaften bedient.

Mit der vorhandenen Zahl Reihensämaschinen kann man eine Fläche von 6400 Hektar, das ist fast die ganze im Herbst geackerte Fläche dieser Wirtschaften, besäen. So sehen wir, daß die Reihensaat allmählich doch durchbringt.

## Was soll in diesem Jahr mit dem Zigarrentabak geschehen?

Von Heinrich Lobes.

Die Machorkarohstoffe unserer Bauern von 1926 sind bereits alle abgeliefert und werden gegenwärtig auf den Tabakfabriken verarbeitet. Die Verrechnungen mit den Bauern sind zwar noch nicht abgeschlossen (man schuldet den Lieferanten noch bedeutende Summen für ihr Produkt); es verlautet aber, daß die gelieferte Ware noch im Laufe des April bezahlt werden soll. Heute stehen wir vor einer anderen brennenden Frage, und zwar vor der Frage des Absatzes des Zigarrentabaks.

Bekanntlich wird in unserer Republik auch Zigarrentabak gebaut, und zwar von 20—35 Tausend Pud. Den Ankauf, die Fermentation und den Absatz dieses Rohstoffes besorgte in den letzten Jahren der Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften, der diesen Tabak nach Finnland, Schweden, Deutschland usw. exportierte und an diesen Operationen beträchtlichen Schaden machte.

Dieser Umstand veranlaßte nun den Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften, sich in diesem Jahr von der erwähnten Operation loszusagen, worüber er seinerzeit unserer Regierung sowie dem Kommissariat für Landwirtschaft und dem Kommissariat für Innenhandel Bericht erstattete. Was nun weiter geschah oder geschehen wird, wissen wir leider noch nicht.

Eins aber wissen wir: die Zeit (Januar, Februar und März), in der dieser Zigarrentabak gewöhnlich gekauft und dem Verband abgeliefert wurde, ist um, und unser Tabak liegt bis heute noch unverkauft an dem Orte seiner Erzeugung. Nun fragt der Bauer immer wieder, wann man ihm dieses Produkt abkaufen wird, oder was er eigentlich damit machen soll, da ihm wohl bekannt ist, daß der Tabak als eine Monopolware nicht an Privatkäufer veräußert werden darf.

Das Pud Zigarrentabak kostet gewöhnlich 3—4 Rubel; also ergäbe der vorhandene Vorrat eine Summe von 75—100 Tausend Rubel.

Dadurch, daß dieses Produkt unserer Landwirtschaft nicht abgesetzt werden kann, ist unser Bauer nicht in der Lage, die beabsichtigten Verbesserungen in seiner Wirtschaft vorzunehmen.

Der Tabaksbau selbst leidet auch unter solchen Verhältnissen, da der Bauer nicht bestimmt weiß, ob er dieses Produkt noch weiter erzeugen soll oder nicht.

Es muß daher gesorgt werden, daß diesem Uebelstand abgeholfen wird.

Unseres Erachtens können folgende Maßnahmen Abhilfe schaffen:

1. Die landwirtschaftlichen Bank verabsolgt den Erzeugern des noch vorhandenen Zigarrentabaks einen bestimmten Kredit gegen sein Produkt und garantiert ihm auf irgendwelchem Wege dessen Absatz.

2. Das Kommissariat für Außenhandel übernimmt den Ankauf und Absatz des in Frage stehenden Rohstoffes und führt diese Arbeit vermittelt des Apparates der landwirtschaftlichen Kooperation durch.

3. Das Kommissariat für Landwirtschaft führt eine Kampagne für den Tabaksbau durch und versichert den Bauer, daß sein Produkt Absatz finden wird.

Diese Maßnahmen müßten aber sofort durchgeführt werden, da von ihnen das weitere Schicksal unseres Tabaksbaus abhängt.

Es dauert noch paar Wochen, und unsere Bäuerinnen beginnen die Vorarbeit zum Tabaksbau, und zwar die Saatarbeit. Wenn dann die Sache noch nicht geregelt ist, wird die mit Tabak bestellte Fläche in diesem Jahr sicher kleiner werden, als sie in der letzten Zeit war.



## Die Wege der Entwicklung unserer Viehzucht.

Von J. Koll, Agronom.

Daß die Viehzucht einer der wichtigsten Zweigen unserer Landwirtschaft ist, unterliegt keinem Zweifel. Es ist darum selbstverständlich, daß wir diesem Zweig der Landwirtschaft die größte Aufmerksamkeit schenken. Leider haben wir in der Hebung der Viehzucht noch wenig Erfolge zu verzeichnen, ungeachtet dessen, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen von Jahr zu Jahr besser gestalten und die Konjunktur des Marktes für den Absatz der Viehzuchtprodukte ziemlich günstig ist, wie das auch aus dem Artikel des Agronomen S. Rüger in Nr. 1 „Unsere Wirtschaft“ zu ersehen ist. Wir sind auf diesem Gebiet immer noch im Suchen, und das Viehzuchtproblem ist bei uns vorläufig nur halbwegs gelöst.

Die Wege, die man zur Lösung dieses Problems vorschlägt, sind sehr verschieden. Der eine glaubt, da die Viehzucht eine Futterbasis haben muß, diese Frage mit den Losungen „Weg mit dem Dreifeldersystem!“ (wo vielleicht gar keins vorhanden ist) oder „Sät auf euren Feldern Gras und führt das Vielfeldersystem ein!“ ganz einfach lösen zu können. Ein anderer glaubt, daß man nur die Fütterung nach Normen einzuführen brauche, den Wert der Futtermittel gut kennen und sich ein Beispiel an den dänischen Viehzüchtern nehmen müsse. Dabei stellt man sich den Bauer natürlich als einen dunklen, unaufgeklärten Menschen vor, dem man nur die nötigen Kenntnisse beizubringen habe und dem dann „das andere von selbst zufällt.“

Werden Fragen behandelt, wie die in Nr. 42 „Unsere Wirtschaft“ vom vorigen Jahre „Welche Milchviehrasse soll man sich halten?“, so findet man sich völlig berechtigt, die einheimischen Rassen als Zuchtmaterial zu verwerfen und sich ausschließlich an Kreuzung der Kulturrassen zu halten; dabei vergißt man aber, daß nicht alle „akklimatisierten“ Kulturrassen auch zugleich an unsere spezifischen wirtschaftlichen Verhältnisse ganz angepaßt sind.

Indem man solche Maßnahmen empfiehlt, gedenkt man das Viehzuchtproblem auf diese Weise am schnellsten und richtigsten zu lösen. Mit einem Wort, man träumt von einer durch „Agropropaganda“ und von einer auf erkünstelter Unterlage fußenden, verbesserten Viehzucht.

Die Viehzucht kann sich aber nur dann normal entwickeln, 1. wenn sie mit dem Feldbau in Einklang gebracht ist, 2. wenn die Fragen der Auswahl der Rassen mehr oder weniger gelöst sind oder wenigstens die richtigsten Wege zu ihrer Lösung eingeschlagen sind, 3. wenn die ökonomischen und technischen Vorbedingungen (Verarbeiten und Absatz der Produkte) geschaffen sind.

Die landwirtschaftliche Aufklärung der Bauernschaft spielt dabei natürlich auch eine wichtige Rolle, ist aber nicht „alleinseligmachend.“ Unseres Erachtens müßten parallel mit der Agropropaganda mehr praktische Maßnahmen getroffen werden. So z. B. könnte in der Verbesserung des Viehbestandes durch rationelle Fütterung und Pflege schon mehr geleistet werden, als bis jetzt geleistet ist. Von agronomischer Aufklärungsarbeit sind auf diesem Gebiet noch wenig Spuren zu finden. Dies ist jedenfalls dadurch erklärlich, daß die Futterbasis in den meisten Fällen noch fehlt und, wo sie vorhanden ist, die Versuchsfütterungen, durch die schon manche wertvolle Ergebnisse erzielt sein könnten, in den Verhältnissen der Bauernwirtschaft fehlen. Die Ergebnisse einer solchen Fütterung sind von dem Kontrollassistenten Remesow in Nr. 5 „Unsere Wirtschaft“ vom laufenden Jahr vorgeführt. Solche Kontrollarbeit muß noch viel stärkere Verbreitung finden. Durch die Kontrollarbeit könnte auch so manches in bezug auf die Auswahl der Rassen geleistet werden; denn im Grunde genommen besitzen wir bis jetzt noch keine ganz zuverlässigen, d. h. auf langjähriger Untersuchung beruhenden Zahlen über die Leistungsfähigkeit unserer einheimischen Milchviehrassen, obwohl allbekannt ist, daß manche Exemplare ihre Milchproduktion ziemlich hoch bringen, nicht zu reden von dem Fettgehalt, der in der Regel ziemlich hoch ist. Durch Kontrollarbeit könnte die Leistungsfähigkeit der einheimischen sowie auch der Kulturrassen festgestellt werden, und daraus könnten schon Schlussfolgerungen gezogen werden in bezug auf die Auswahl der Rassen sowie auch auf die effektivsten Maßnahmen bei der massenhaften Verbesserung unseres Viehbestandes.

Die Feststellung der Rassen kann zweifelsohne nur auf diesem Wege, d. h. durch Kontrolle



und Prüfung einer oder mehrerer Rassen (Abarten) in den Verhältnissen der Bauernwirtschaft stattfinden.

Welche Rassen dabei in Betracht kommen, ist eine noch nicht ganz gelöste Frage. Jedenfalls wird man schon solche Rassen wählen, die mehr oder weniger unseren wirtschaftlichen und natürlichen Verhältnissen angepaßt sind und die eine befriedigende Leistungsfähigkeit aufweisen. Näheres über diese Frage s. in „Unserer Wirtschaft“ Nr. 26 v. J. 1926 und in Nr. 11 v. J. 1927.

Zur erfolgreichen Entwicklung unserer Viehzucht muß vor allem ein günstiger Absatz der Viehzuchtprodukte gesichert sein. Damit für die Viehzuchtprodukte die höchsten Marktpreise erhalten werden, muß die Verarbeitung der Produkte organisiert werden. Erfolge haben wir schon auf diesem Gebiet (Baconfabrik, Käseereien und dergl.). Durch die Selbsttätigkeit der Bevölkerung und durch Unterstützung des Staates durch Geldvorschüsse könnte die Verarbeitung noch erweitert werden, was viel zur Hebung unserer Viehzucht beitragen würde.

## K o o p e r a t i o n .

### Der Organisationszustand des unteren Netzes des landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbands am 1. Januar 1927.

Von U. T.

Die Zahl der unteren kooperativen Vereinigungen. Nach den Angaben des Volkskommissariats für Landwirtschaft und des landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbands der Weimarer Republik betrug die Zahl der

unteren kooperativen Vereinigungen am 1. Januar 1927 596, wogegen wir am 1. Januar 1926 nur 451 solcher Vereinigungen besaßen. Diese Vereinigungen verteilten und verteilen sich folgendermaßen:

Arten der Vereinigungen	Am 1. Januar 1926			Am 1. Januar 1927				
	Mitglieder des landwirtsch. Genossenschaftsverbands	W i l d e	Insgesamt	Insgesamt	Mitglieder des landwirtsch. Genossenschaftsverbands	Mitglieder des Samen- und Viehzüchterverbands	Wirtb. Personen in den Kreditgenossenschaften	W i l d e
Kreditgenossenschaften . . . . .	6	2	8	8	6	—	—	2
Landwirtschaftliche Kreditgenossenschaften . . . . .	151	6	157	162	151	—	—	11
Produktionsgenossenschaften . . . . .	75	25	100	88	60	—	3	25
Artels . . . . .	17	17	34	53	12	1	15	25
Kommunen . . . . .	33	22	55	63	26	—	9	28
Genossenschaften für Zuckerrübenbau . . . . .	4	—	4	5	2	—	1	2
Genossenschaften für Zuckerrübenbau . . . . .	1	—	1	1	1	—	—	—
Meliorationsgenossenschaften . . . . .	9	7	16	16	6	—	3	7
Maschinengenossenschaften . . . . .	16	14	30	107	11	—	39	57
Obst- und Gemüsebaugenossenschaften . . . . .	1	3	4	7	1	—	3	3
Butterei- und Käseereigenossenschaften . . . . .	1	2	3	2	1	—	—	1
Samengenossenschaften *) . . . . .	1	10	33	42	1	25	1	15
Siedlungsgenossenschaften . . . . .	—	—	—	29	—	—	7	22
Bienenzuchtgenossenschaften . . . . .	—	—	—	2	—	—	1	1
Viehzuchtgenossenschaften . . . . .	—	2	2	11	—	1	—	10
Insgesamt . . . . .	315	114	451	596	278	27	82	209

\*) 22 Samengenossenschaften zählen als Mitglieder des Samen- und Viehzüchterverbands.



Die vorherrschenden Gattungen von kooperativen Massenorganisationen bilden, wie man aus vorstehender Tabelle ersehen kann, die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften und die landwirtschaftl. Genossenschaften. Die reinen Kreditgenossenschaften haben keine weitere Verbreitung gefunden.

Sodann folgen die Produktionsgenossenschaften (Kommunen, Artels, Genossenschaften zur gemeinsamen Bearbeitung des Landes, Maschinen- und Siedlungsgenossenschaften).

Weiter kommen verschiedene spezielle Organisationen (Samen-, Meliorations-, Buttereie- und Käseereigenossenschaften usw.). Das Anwachsen der Zahl der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften ging nicht auf Rechnung neuer Vereinigungen vor sich, sondern dadurch, daß manche landwirtschaftliche Genossenschaften auf die Statuten der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften übergingen. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben sich verringert, was vor allem dadurch zu erklären ist, daß ein Teil der größeren und gesunden Organisationen auf die Statuten der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften übergegangen und ein Teil der schwächsten aufgelöst worden ist.

Die gewöhnlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften sind überhaupt im Niedergang begriffen. Dafür ist ein starkes Anwachsen der Zahl der Maschinen- und Siedlungsgenossenschaften sowie der Genossenschaften zur gemeinsamen Landbearbeitung und der Arbeitsgenossenschaften (Artels) überhaupt festzustellen. Das hat seinen Grund darin, daß diese Vereinigungen die besonderen Bedürfnisse der Bauernschaft besser befriedigen.

Die Mitgliedschaft im Verband. Im Vergleich mit dem verflossenen Jahr hat sich die

Zahl der Mitglieder des Verbands beträchtlich verringert, und zwar von 315 auf 278. Das erklärt sich dadurch, daß im Jahre 1926 eine Reihe schwacher, lebensunfähiger Organisationen, die im Jahre 1924 zum Zweck der Ausnützung der Mißerntekredite gegründet worden waren, aus dem Verband ausgeschlossen wurden. Ebenso wurde ein Teil Kollektivwirtschaften, die nur zum Zweck der Ausnützung der Vergünstigungen, nicht aber zur kollektiven Arbeit organisiert wurden, ausgeschlossen.

Die Zahl der wilden Organisationen ist stark angewachsen; sie betrug am 1. Januar 1927 209. Doch sind 86 (41 Proz.) davon ganz untätig und tatsächlich schon aufgelöst. Ihre Auflösung muß nur noch formell im Volkskommissariat für Landwirtschaft abgeschlossen werden, worauf sie aus der Zahl der kooperat. Vereinigungen gestrichen werden.

Zur Hereinziehung der übrigen wilden Organisationen in den Verband sind, insofern sie sich als lebensfähig erweisen, entsprechende Maßnahmen getroffen. Die Kollektivwirtschaften werden unmittelbar dem Verband angeschlossen, die Maschinen- und Siedlungsgenossenschaften aber als juridische Personen den landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften angegliedert, worüber diesen die entsprechenden Anweisungen zugegangen sind.

Die Samen- und Biehzuchtgenossenschaften müssen dem Samen- und Biehzüchterverband beitreten. Das kann aber augenscheinlich nur allmählich geschehen, da letztgenannter Verband eine zu große Anzahl neaeintretender Mitglieder noch nicht vollständig bedienen könnte.

Die Veränderung des Mitgliederbestandes in den einzelnen kooperativen Vereinigungen ist aus folgender Tabelle zu ersehen:

Arten der Vereinigungen	Am 1. Januar 1926				Am 1. Januar 1927			
	Zahl der Organisationen	Mitglieder in ihnen	Juridische Personen	Deren Mitglieder	Zahl der Organisationen	Mitglieder in ihnen	Juridische Personen	Deren Mitglieder
Landwirtschaftliche Kreditgenossenschaften . . .	151	24.203	38	1.768	151	25.140	80	2.711
Genossenschaften . . . . .	75	4.928	—	—	60	4.620	8	144
Kreditgenossenschaften . . . . .	6	1.151	—	—	6	1.160	2	—
Genossenschaften zur gemeinsamen Bearbeitung des Landes . . . . .	17	185	—	—	12	147	—	—
Artels . . . . .	33	408	—	—	26	358	—	—
Kommunen . . . . .	4	107	—	—	2	37	—	—
Meliorationsgenossenschaften . . . . .	9	1.274	—	—	6	800	—	—
Maschinengenossenschaften . . . . .	16	178	—	—	11	226	—	—
Samengenossenschaften . . . . .	1	53	—	—	1	53	—	—
Obst- und Gemüsebaugenossenschaften . . . . .	1	49	—	—	1	4	—	—
Genossenschaften für Zuckerrübenbau . . . . .	1	70	—	—	1	70	—	—
Buttereigenossenschaften . . . . .	1	61	—	—	1	57	—	—
Insgesamt . . . . .	315	32.667	38	1.768	278	32.716	90	2.855

(Fortsetzung folgt.)



## Vertragsmäßige Aussaat von Sonnenblumen und Senf.

Von J. Schmidt.

Unsere weitere Entwicklung, unsere weiteren Fortschritte in der Industrialisierung des Landes hängen zum großen Teil von unseren Vorräten an Rohstoffen ab, von denen die landwirtschaftlichen Rohstoffe einen wichtigen Platz einnehmen. Haben wir Mängel an diesen Rohstoffen, so müssen wir im Ausland teures Geld zahlen, um den Mangel zu ersetzen. Deshalb führen wir schon seit Jahren eine großzügige Propaganda für die Erweiterung der Saatflächen der technischen Kulturpflanzen durch; die praktischen Maßnahmen unserer Preispolitik standen jedoch mit dieser Propaganda nicht im Einklang. Das Pud Sonnenblumen kostete z. B. im Jahre 1925—1926 75—80 Kopeten, d. h. um 40—45 Kop. billiger als das Pud Weizen, während es vor dem Kriege immer 15—20 Kop. teurer war. Und jegliche Preisschwankung der Sonnenblumen spiegelt auch eine Schwankung der mit Sonnenblumen bestellten Saatfläche wider. Infolge der falschen Preispolitik fiel die Saatfläche der technischen Kulturpflanzen im Jahre 1926 in bedrohlichem Maße. Das nämliche sehen wir auch in bezug auf andere Kulturpflanzen. Mit dem Absatz des Weizenkorns hatten unsere Bauern z. B. im Kamenkaer Kanton große Scherereien. Dadurch wird unserer Propaganda für die Erweiterung der Saatflächen der technischen und der gegen die Trockenheit widerstandsfähigen Kulturpflanzen ein harter Schlag versetzt.

Diese Fehler sind nun schon festgestellt und allorts anerkannt. Der Volkswirtschaftsrat, das Volkskommissariat für Handel und der Staatsplan des Rätebundes beschäftigten sich eingehend mit der Frage, und es wurde beschlossen, die Preise für die technischen Kulturpflanzen noch im Frühjahr zu erhöhen und diesen Beschluß in den weitesten Kreisen der Bauernschaft bekannt zu machen, damit jeder Bauer seine Saatfläche den neuen Verhältnissen entsprechend einrichten kann. Auch der 4. Rätekongreß unserer Republik beschäftigte sich mit dieser Frage. Er verpflichtete die Regierung, der Frage des Absatzes der technischen Kulturpflanzen eine größere Bedeutung beizumessen als in den früheren Jahren. Alle diese Beschlüsse finden auch ihre praktische Auswirkung.

Unsere Organisationen, die landwirtschaftliche Rohstoffe verarbeiten, schließen mit den Organisationen der landwirtschaftlichen Kooperation Verträge ab, in denen dem Landwirt der Absatz der Ernterträge der technischen Kulturpflanzen zu annehmbaren Preisen gesichert wird, wobei für die Bestellung der Felder mit solchen Pflanzen Vorschüsse verabfolgt werden.

Auch der Wolgadeutsche Landwirtschaftliche Genossenschaftsverband hat einige Verträge mit solchen Organisationen abgeschlossen, die landwirtschaftliche Rohstoffe verarbeiten. So hat er mit dem Stalingrader Deltrust einen Vertrag abgeschlossen, nach dem er sich verpflichtet, in dem Ballasowkaer Kanton 2.000 Dessj. mit Senf und 500 Dessj. mit Lein (Flachs) beäuen zu lassen. Der Verband verpflichtet sich, die Gesamternte im Preise zu 2 Rubel das Pud franko Waggon Ballasowka an den Trust abzuliefern. Der Trust streckt den Samen zum Selbstkostenpreis vor. Außerdem ist der Trust verpflichtet, die agronomische Ueberwachung der Bearbeitung zu übernehmen.

Sowohl der Senf, als auch der Lein sind für unsere Republik neue Pflanzen. Mehrere Genossen sagen diesen neuen Kulturen einen sicheren Misserfolg voraus. Wir sind nicht so schwarzsehend gestimmt, sondern glauben, daß wenigstens der Senf einer gesicherten Zukunft entgegengeht. Schon in früheren Zeiten, als die Einführung neuer Kulturen mehr Sache des Zufalls als der planmäßigen Entwicklung war, wurde bei uns Senf gebaut und fand in dem Krasny-Kuter und dem Margstädter Kanton guten Anklang. Wäre zu jener Zeit die Senfmühle in Margstadt nicht eingegangen, so hätte der Senfbau schon damals einen guten Fortgang genommen. Heute, da wir unsere Wirtschaft planmäßig entwickeln, können natürlich solche Fälle nicht mehr vorkommen. Außerdem haben auch die Bauern mit dem Senfbau schon gute Erfahrungen gemacht, so daß sie gern einen solchen Vertrag unterzeichnen und erfüllen werden. Der Flachs wurde früher wegen des Flachsgarns gebaut, aber man machte schlechte Erfahrungen damit. Heute geht es nicht um das Garn, wozu ein großer Halm nötig ist, sondern um den Leinsamen, der zu Del



verarbeitet wird. Es lohnt sich daher jedenfalls, den Versuch zu machen. Gegenwärtig schließt der Verband die Verträge mit den Dorfgemeinschaften ab. Diejenigen Wirtschaften, die sich verpflichten, Senf und Flachs zu säen, erhalten für jede Dessj. 6 Rbl. Vorschuß als Handgeld für die zukünftige Ernte. Der Ernteertrag gilt schon als angekauft. Die Genossenschaften erhalten 2 Rubel für das Pud. Die Erträge der Ernte müssen bei Pallasowka in die Waggonen verladen werden.

Einen anderen Vertrag hat der Landwirtschaftliche Genossenschaftsverband mit dem Saratower Deltrust auf Sonnenblumensaat abgeschlossen. Nach diesem Vertrag verpflichtet er sich, in den Kantonen Fjodorowka, Mariental und Kamenka in der Nähe der Eisenbahn 3.000 Dessj. Sonnenblumensaat zu lassen. Der Saratower Deltrust verteilte seine Aufträge recht unregelmäßig. Er hatte die Möglichkeit, auf 20.000 Dessjatinen Verträge abzuschließen, wovon nur 3.000 auf unsere Republik kamen. Gewiß, es muß ja anerkannt werden, daß im Saratower Gouvernement mehr Sonnenblumen gesät werden, aber so groß kann der Unterschied doch nicht sein. Nach dem Vertrag ist für das Pud 1 Rbl.

20 Kop. festgesetzt. Wenn die Getreidepreise steigen, so erhalten die Bauern 10 Kopeken mehr als für den Weizen.

Um die Sonnenblumenfläche noch mehr zu vergrößern, hat der Wolgadeutsche Genossenschaftsverband von sich aus noch Verträge mit den Kooperativen des Schillinger Rayons auf 2.000 Dessj. Sonnenblumensaat abgeschlossen u. am 1. April dieses Jahres eine große Delmühle mit 2.000 Pud täglicher Körnerverarbeitung eröffnet. Die Bedingungen sind dieselben wie auch die mit dem Saratower Deltrust. Jeder Bauer, der an diesen vertragmäßigen Sonnenblumensaat teilnimmt, erhält einen Vorschuß auf den als gekauft geltenden Ernteertrag zu 8 Rbl. auf die Dessjatine. Die Auszahlung der Vorschüsse übernimmt in allen drei Fällen die Wolgadeutsche Bank. Auf Weichkorn liefen ebenfalls Nachfragen ein, aber zum Abschließen von Verträgen war es schon zu spät; auch waren einige Bedingungen nicht passend.

Natürlich ist es nicht möglich, allen Sonnenblumenbauern Vorschüsse zu verabsorgen. Aber schon die Erhöhung der Preise auf diese wichtigen, gegen die Dürre standfesten Pflanzen muß die Bauern zu ihrem Anbau anspornen.

## Ist das die richtige Verwendung der Armenfonds?

Von Ch. Sch.

In Ruffus ist unter den armen Bauern, hauptsächlich unter den Witwen große Unzufriedenheit entstanden, und nicht ohne Ursache. Die armen Wirtschaften sollten nämlich langjährige Kredite erhalten, damit sie sich Vieh anschaffen könnten. Das Kantonvollzugskomitee hatte schon vor ungefähr anderthalb — zwei Monaten Nachricht erhalten, daß ihm eine ansehnliche Summe Geld zur Hilfe für die armen Wirtschaften überwiesen werde. Es kam denn auch bald ein Beschluß zustande, daß das Geld als Hilfe für die Armen zu verwenden sei. Die Nachricht verbreitete sich bald im ganzen Dorf und rief große Freude unter den Armen hervor. Einige Witwen und andere Arme ließen sich einschreiben und hofften auf die günstigen Kredite, die erst in einem, zwei und drei Jahren zurückzuerstatten seien.

Also war wirklich für die Ärmsten, die von dem gewöhnlichen Bankkredit noch nichts bekommen konnten, Hilfe zu erwarten.

Das Kantonvollzugskomitee bekam auch wirklich bald das Geld im Betrag von mehreren Tausenden Rubel. Im Kantonvollzugskomitee sah man sich das schöne Geld an und — überlegte. Man überlegte, was wohl damit am besten zu machen wäre. „Verteilt ist das Geld unter die Armen bald, aber es wieder einzutreiben, ist eine schwere Sache“, mochte man geurteilt haben. Um nun dieser Schwierigkeit aus den Weg zu gehen, beschloß man, das Geld nicht unter die Armen zu verteilen, sondern eine neue Sowetwirtschaft mit Butterei, Käseerei und Viehzucht zu errichten.

Gedacht — getan. Man kaufte sofort 13 Rassenkühe, 2 Ochsen und 5 Schweine. Aber die schönen Pläne verwirklichten sich gewöhnlich nicht so glatt, wie sich das der Kopf dieses oder jenes Wirtschaftlers denkt. Die Kühe mußten nach einem diesbezüglichen Vertrag an einem bestimmten Tag zugestellt werden. Das geschah auch. Aber es war gerade Glatteis, so daß eine der besten Kühe ein



Bein brach und geschlachtet werden mußte, wodurch sich ein Schaden von 97 Rubel ergab. Man kaufte bald noch 2 Kühe, von denen die schönste wieder ein Unglück betraf. Sie trat in einen Rechenzinken, der abbrach und im Hufe stecken blieb, so daß das Tier einige Wochen vom Tierarzt behandelt werden mußte. Die Kuh muß schreckliche Schmerzen ausgestanden haben; denn sie magerte trotz des guten Futters stark ab.

Der Sowchos sollte in Kuffus eingerichtet werden, aber es stellte sich heraus, daß nicht der Kuffusser, sondern der Köppentaler Rayon der rechte Ort war. Also mußte eine Reise nach dem Köppentaler Rayon angetreten werden. Die Reise war recht beschwerlich, da außer den Kühen, Ochsen und Schweinen nun auch schon 7 Kälber da waren. Aber man machte sich weiter keine Sorgen und trieb die Kühe frohen Muts nach ihrem neuen Aufenthaltsort. Wie es ihnen dort geht, können wir nicht sagen.

Unter diesen vielen wirtschaftlichen Sorgen vergaßen die Genossen aus dem Kantonvollzugskomitee ganz und gar die Kuffusser Armen, denen sie so schöne wirtschaftliche Ausichten gegeben

hatten, die aber wie ein schönes Nebelbild gerade in dem Augenblick in nichts zerrannen, als die Armen danach greifen wollten. Die Armen sagen nun: „Wir wurden von unseren verantwortlichen Genossen betrogen und genarrt.“ Und die Reichen schüren die Unzufriedenheit, indem sie sagen: „Euch ist recht geschehen. Wir haben euch immer gesagt, daß diese (die Genossen aus dem Kantonvollzugskomitee) euch keine Wohltat erweisen können und wollen. Glaubt ihnen nur immer, sie werden euch noch oft betrügen!“

Das letzte ist meiner Meinung nach das schlimmste. Damit der Fehler ausgebessert und den Reichen der Mund gestopft würde, müßte von oben noch eine Summe zur Produktionshilfe für die Armen bestimmt werden.

Anmerkung der Redaktion: Das letzte ist wohl nicht möglich, da der Armenfonds schon unter den Kantonen verteilt ist. Wir empfehlen aber der Republikanischen Kommission zur Verteilung des Armenfonds, die Zweckmäßigkeit der Verwendung nachzuprüfen.

## Zur Ermäßigung der Preise in den Konsumkooperativen.

Von Joh. Braun.

In den Handelsunternehmungen, wie in den staatlichen so auch in den kooperativen, hat man endlich die Frage der Preisermäßigung in vollem Ernste aufgeworfen, um zu dem Ergebnis zu kommen, das laut Verordnung des Kommissariats für Handel bis zum 1. Juni zu erzielen ist. Die Organisationsabteilung des Verbandes der Wiesenseiter Konsumvereine hat durch ein Rundschreiben allen Kooperativen klargelegt, wie ernst es mit der Herabsetzung der Preise zu nehmen ist und wie diese Arbeit durchgeführt werden muß. Unter anderem wird in dem Rundschreiben darauf hingewiesen, daß festzustellen ist, was für Aufschläge auf die eine oder andere Ware vorzunehmen sind, damit die vom Handelskommissariat gegebenen Direktiven nicht verletzt werden. Damit aber die eine oder die andere Kooperative nicht die galoppierende Schwindsucht bekommt, muß die strengste Sparsamkeit beobachtet werden.

Bei dieser ernstesten Arbeit berläßt der Verband die Kooperativen sich nicht selbst, sondern ist bestrebt, ihnen allseitig mit Rat und Tat zur Seite

zu stehen. Sofort nach Beendigung der Bevollmächtigtenversammlung führen nach allen Seiten Instruktionen, um die vorzunehmenden Maßnahmen zur Herabsetzung der Preise ins Rollen zu bringen.

Heute kann die Organisationsabteilung des Verbandes schon eine gewisse Arbeit hinsichtlich der Preisermäßigung aufweisen. In den meisten Konsumvereinen ist ein Plan auf die zweite Hälfte des laufenden Operationsjahres für die Verwaltungen aufgestellt. Bei der Anpassung des Plans an die örtlichen Verhältnisse müssen alle Vorschläge des Handelskommissariats beobachtet, die Auslagen Punkt für Punkt erwogen, die Apparate so zusammengesetzt und womöglich eingeschränkt werden, daß ein jeder, der Lohn bekommt, auch auf 100 Proz. belastet ist. Kurzum, es muß gespart werden, wo nur gespart werden kann. Ein solcher Plan wird gegenwärtig überall, wo es möglich ist, der Mitgliederversammlung unterbreitet. Die Mitglieder nehmen gewöhnlich an der Besprechung des Plans sehr regen Anteil.



In den meisten Fällen ergibt der finanzielle Teil des Plans folgendes Bild: Nebenauslagen zur Beschaffung der Waren 3—3,5 Proz. auf den Einkaufspreis; 14—15 Proz. Aufschläge auf den Einkaufspreis, was 10—11 Proz. vom Umsatze bildet; Handels-, Organisations- und Wirtschaftsauslagen 8,7—9,7 Proz. vom Umsatze, davon zum Unterhalt des Apparats 2,7—3 Proz., Ausgleichungs- und andere Steuern 3,6 Proz., Herabsetzung der Preise, Verwiegung und Eintrocknung 0,5 Proz. und verschiedene andere Auslagen, wie Beleuchtung und Beheizung, Bewachung der Läden, Stempelgebühr, Zinsen für Anleihen, Postauslagen, kommunale Bedienung, Versicherung der Waren usw. 1,9—2,6 Prozent.

Nun wirft sich die Frage auf: Ist alles getan, was zu tun war? — Nein, noch lange nicht. Es muß auch darauf gesehen werden, daß der Plan nicht bloß ein Wisch Papier bleibt und sich nicht unter vielen andern Papieren verliert, sondern, daß auch danach gearbeitet wird. Die Mitglieder selbst müssen regelrecht von der Verwaltung und Revisionskommission Abrechnung verlangen, wie dieser Plan durchgeführt wird. Wer was kauft, muß nach dem Einkaufs- und Verkaufspreis sehen und berechnen, wie hoch der Aufschlag ist. Findet er es nicht für richtig, so darf er nicht in den Ecken herumzischen, sondern muß es der Revisionskommission sofort melden, daß diese die Sache zur rechten Zeit untersuchen kann.

Wir müssen in der Sparsamkeit noch weiter gehen; denn davon hängt auch die fernere Herabsetzung der Preise ab. Unsere Kooperativen haben eine ganze Reihe Auslagen, die von ihnen nicht abhängig sind, aber wegfallen könnten.

1. Eine Kooperative mit einem mittleren Umsatze, aber mit wenig Mitteln, ist gezwungen, monatlich bis 3—4 Mal nach Pokrowsk zu fahren, um die nötigen Waren einzukaufen; die Auslagen für Fahrten und die Tagegelder betragen dabei 1—1,3 Proz. der Einkaufssumme. Eine andere Kooperative mit demselben Umsatz, aber mit mehr Mitteln braucht nur 1—2 Mal monatlich nach Waren zu fahren und hat daher nur  $\frac{1}{2}$  Proz. Auslagen auf den Einkaufspreis (z. B. Sussenbach). Damit die

vielen Fahrten eingeschränkt werden, müssen für schwach bemittelte Kooperativen Umsatzmittel geschaffen werden, daß sie größere Warenmengen ankaufen können. Natürlich sollen die Mitglieder diese Mittel selbst schaffen, aber auf einmal läßt sich das nicht machen; deshalb müssen ihnen die Banken zu Hilfe kommen, indem sie ihnen Kredit auf 45 Tage gewähren.

2. Die Kooperativen, die ihre Waren zur Bahn transportieren müssen, senden ihre Waren meistens als Bagage ab. Stellt man die Frage, warum sie ihre Waren nicht als Frachtgut transportieren, da doch dieser Transport um 50 Proz. billiger ist, so bekommt man zur Antwort, daß es gerade umgekehrt sei. Wieso? Die Bahn ist doch verpflichtet, die Ware nach Empfang im Verlaufe von zwei Tagen abzutransportieren und jeden Tag bei Frachttransport 150 km vorzuschicken. Trotzdem bekommt man z. B. in Krasny-Kut, das nur 100 km von Pokrowsk entfernt ist, die Ware erst im Verlaufe von 10—14 Tagen nach der Ablieferung. Die armen Leuten schicken ein um das andere Mal an die Station nach ihrer Ware, können sie aber nicht bekommen, während zu Hause der ganze Handel stockt. Nur der bekommt seine Ware rechtzeitig, der es fein versteht, sich fein zu verständigen. Hier muß also durch die Bahnadministration Ordnung geschaffen werden. Unsere Kooperativen haben gegenwärtig Transportauslagen zur Bahn von 1,3—1,5 Proz. auf den Einkaufsrubel bei einem geregelten Transport kann aber 0,5—0,8 Proz. gespart werden.

3. Die Ausgleichungssteuer wird nach dem Umsatzrubel berechnet, was nach meiner Ansicht nicht ganz richtig ist. Beim Handel bringt nur der Aufschlag auf die Ware Gewinn; deshalb müßte auch die Ausgleichungssteuer auf den Aufschlag erhoben werden.

4. Die Umsatzmittel des Verbandes selbst müßten verstärkt werden, damit er seine Mitglieder auf 100 Proz. mit Waren versorgen könnte und die Möglichkeit hätte, an den wichtigsten Punkten seines Rayons Abteilungen zu eröffnen, wodurch die Waren den Mitgliedern näher gebracht und ihre Nebenauslagen verringert würden.



# Kooperative Chronik.

## Kleine Mitteilungen.

**Grimm** (Kant. Balzer). In unserem Konsumverein könnte es anders aussehen. Die Organisationsarbeit des Grimmer Konsumvereins scheint nicht vom besten zu sein. Der Verein zählt nur 401 Mitglied, während Grimm über 1000 Wirtschaften hat.

Das Geschäft mag ja gut gehen. Der Verein hat zwei Buden mit 5 Angestellten. Der Reingewinn war im vergangenen Jahr 8300 Rbl. Es gefällt aber den Mitgliedern nicht (und sogar die nichtkooperierte Bevölkerung hält sich darüber auf), daß die Verwaltung aus ehemaligen Händlern besteht, die jetzt ohne Stimmrecht sind. Von den Verwaltungsmitgliedern hat nur eins sein Stimmrecht behalten.

Diesem Verwaltungsbestand mag es auch zuzuschreiben sein, daß die Kooperierung der Bevölkerung so schwach vor sich geht.

**Staraja Poltawka.** Kraut und Rüben durcheinander. In der Staro-Poltawkaer landwirtschaftlichen Kooperative wird gehandelt wie in einem Universalmagazin. In dem einzigen Raum befinden sich: Fleischprodukte, Stricke, Salz, Kringel, Petroleum usw. usw. Der Verkäufer hat einmal mit dem Petroleum zu tun, dann mit den Kringeln, den Fleischprodukten usw., wobei er sich nie die Hände wäscht. Manche Produkte schmecken dann nach allem, was in der Bude ist, nur nicht nach ihrem eigenen Geschmack. Nachher will man sich wundern, wenn bei den Privathändlern auf dem Markte mehr Produkte gekauft werden als in der Kooperative!

Hier sollte also mehr für Reinlichkeit gesorgt werden. Wohlbedacht.

**Rosendamm** (Kant. Fjodorowka). Revisionskommission, was tust du? In Rosendamm wurde die Verwaltung der landwirtschaftlichen Genossenschaft bereits im Januar neu gewählt. Gleichzeitig wurde eine Revisionskommission gewählt, die aber bis jetzt noch nicht einmal revidiert hat. Nur in den Schüttepunkt an der Station Pjos hatte die Revisionskommission ihre Nase gesteckt, jedoch keinen Akt aufgestellt. Die Leute munkeln aber, es fehle Frucht im Schüttepunkt, und mit dem Geld, das die Verwaltung aus ihrem Holzhandel

an der Station Pjos gelöst habe, sei auch nicht alles in Ordnung. Ein Beobachter.

**Messer** (Kanton Balzer). Mit solchen „Kunststücken“ nützt man der Kooperation nicht. Unlängst bot ein unbekannter Mann aus Balzer der Messerer landwirtschaftlichen Kooperative Eier zum Kaufe an. Die Ware wurde sofort genommen. Als der Verkäufer weg war, meinte der Uebernehmer (Verwaltungsmitglied F. Weber):

„Ich muß mal nachsehen, wieviel Eier daß ich rausgählt hun.“

Es stellte sich heraus, daß der Eierverkäufer um 14 Eier bestohlen worden war.

Wem wollte wohl Weber mit diesem „Kunststück“ einen Gefallen tun? Will er wohl auf solche Weise den Schaden decken, den die Genossenschaft stets aufweist? — Wir sind der Meinung, daß man durch eine solche Handlungsweise die Kooperation in den Augen der Bevölkerung herabwürdigt.

J. A. L.

**Blumenfeld** (Kanton Pallasowka). Die Blumenfelder landwirtschaftliche Genossenschaft liegt im argen. So lange Kredit gegeben wurde und der Handel mit Manufakturwaren flott ging, hielt sie sich ja über Wasser, aber jetzt hat sie nur Schulden.

Im Februar wurde nun in Anbetracht der schweren Lage beschlossen, die Auslagen einzuschränken. Es wurde ein Beschluß gefaßt, nur ein bezahltes Verwaltungsmitglied zu belassen. Außerdem wurde beschlossen, da die Kooperative ziemlich viel Geld ausstehen hat, die böswilligen Nichtzahler dem Gericht zu übergeben. Unter diesen böswilligen Nichtzahlern befindet sich auch der gewesene Vorsitzende Hefele, der seinerzeit mit Getreideoperationen hängen blieb. Heute hat er noch 129 Rbl. zu zahlen.

Hoffentlich wird die neue Verwaltung so, wie sie begonnen hat, weiter arbeiten und unsere Kooperative vor dem Untergang retten. Die ersten Erfolge sind nicht schlecht. Im März hatte die neue Verwaltung bereits 300 Rbl. Reingewinn zu verzeichnen. Es ist jetzt nur noch zu wünschen, daß die Mitglieder ihre Kooperative tatkräftig unterstützen.

Ein Mitglied.



## Kultur und Natur.

### Die ersten Tage der Kerenstiade.

Von P. E. Dybenko.

(Fortsetzung.)

Der Befehl wird abgeschickt. Von dem Erfolg überzeugt, reibt sich Kerensti vergnügt die Hände. Aber eins hatte er leider vergessen: er dachte nicht an den dritten Satzungsparagraphen des Zentrobalt, in dem es ausdrücklich heißt, daß die Befehle nur nach erfolgter Zustimmung seitens des Zentrobalt durchgeführt würden. Da diese dringliche ministerielle Verfügung spät abends im Zentrobalt eintraf, beschloß dieser, die Frage auf dringliche Weise zu lösen. Im Hinblick darauf, daß diese Frage keinen Aufschub duldete, wurde sofort der Beschluß gefaßt, ohne daß eine Plenarversammlung einberufen worden wäre: „Im Hinblick auf den Mangel an Fachleuten auf den Schiffen und den drohenden Angriff seitens der deutschen Flotte, darf kein revolutionstreuer Matrose sein Schiff verlassen. Die überzähligen Offiziere können auf besonderen Befehl an die Front kommandiert werden. Jeder, der sein Schiff eigenwillig verläßt, wird aus der Flottenliste gestrichen und als Desorganisator der Flotte gelten. Unterschriften des Vorsitzenden und Sekretärs.“

Unser Telegramm geht ab und wird am übernächsten Tage dem Plenum mitgeteilt. Im Plenum wird ein wenig darüber debattiert, aber man einigt sich und bestätigt den Beschluß. Die Resolution des Präsidiums des Zentrobalt hob in Wirklichkeit Kerenstis Befehl auf.

Anläßlich des erwarteten Besuches von Seeleuten der Schwarzmeerflotte beschloßen wir, ihnen ein Begrüßungstelegramm zu senden, in dem wir ihnen mitteilten, daß wir sie mit Freude erwarteten, sie aber baten, unsere Delegation gleichfalls zu empfangen. Wir sind mit den Seeleuten der Südflotte seit langem, schon seit dem Jahre 1905 befreundet. Wir wechselten, als seien wir richtige Minister des Auswärtigen, unsere Noten und schickten einander Vertreter zu. Aber unsere Delegierten erwiesen sich als schlechte Diplomaten: kaum waren sie in Sebastopol angekommen, begannen sie schon zu skandalisieren. Sie forderten sofort Koltshaks Beseitigung. Sie rissen ihm den Degen vom Leibe

und warfen ihn über Bord. Der Zentrobalt hat viel „diplomatische Briefe“ schreiben müssen, um zu verhüten, daß unsere Vertreter unterwegs verhaftet wurden. Man schlug die Angelegenheit mit Mühe und Not nieder und ließ unsere Delegierten zur Berichterstattung nach Helsingfors kommen. Aber nach diesem Ereignis wurde Kerensti noch wütender auf uns. Er beschloß, selbst nach Helsingfors zu fahren und uns den Kopf zu waschen.

Wir erwarteten seine drohende Ankunft und arbeiteten Gegenvorschläge aus. Auch der Kommandeur der Baltflotte, der Helsingforser und der Kreisowet erfuhren von dem beabsichtigten Besuch des Ministers. Es wurden sofort Beratungen abgehalten: um den Zorn des Ministers zu beschwichtigen und einen Ausweg zu finden, wurden auch die menschwistische und sozialrevolutionären Führer zu Beratungen eingeladen. Wie lange die Beratungen dauerten, weiß ich nicht; aber das Ergebnis war das Folgende: Zum Empfang des Ministers sollten vom Bahnhof bis zum Sowetgebäude Truppen aufgestellt werden. Zur Strafe dafür, daß die Flotte den Minister unhöflich behandelt habe, sollen die Matrosen ganz hinten stehen. Man faßte diesen Beschluß und beruhigte sich.

Indessen nahmen an der Beratung dieser Frage nur einige Mitglieder des Zentrobalt teil, und zwar solche, die mit den Menschewisten sympathisierten. Sie beteuerten, daß sie an dem Sündenfall des Zentrobalt keineswegs schuldig seien, und baten die Anwesenden, ein gutes Wort bei dem Minister für sie einzulegen.

Am Abend vor der Ankunft des Ministers versammelten sich alle rebellischen Mitglieder des Zentrobalt auf der „Viola“. Das Präsidium ist vollzählig. Alle sind wütend: Kerenstis Kreaturen stehlen und rauben in der Flotte, wo sie können. Wenn es so weiter geht, geht die Flotte zugrunde. Aus Wut darüber wird der Befehl der erwähnten Beratung aufgehoben: um die Arbeit der Flotte in dieser ernstesten Zeit nicht zu stören, findet am Tage der Ankunft des Ministers keine Parade statt.



Leute, die am Ufer spazieren gehen, können den Minister begrüßen, falls sie dazu Lust haben. Der Kommandeur der Flotte wird beauftragt, sich mit dem Armeekommando ins Einvernehmen zu setzen und die Frage der Absendung eines Orchesters zum Bahnhof zu regeln.

Raum hatte die Obrigkeit unseren Beschluß erhalten, als auch schon der Kommandeur der Baltflotte, die Vertreter des Helsingforsker und des Kreisowets, die menschewistischen und sozialrevolutionären Führer bei uns auf der kleinen „Viola“ erschienen, trotzdem es späte Nacht war. Sie kamen und fuchtelten drohend mit ihren Aktenmappen und forderten die Zurücknahme unseres Beschlusses. Lange drohten sie uns mit Gerichten und Auflösung des Zentrobalt und sogar mit der Wegnahme der kleinen „Viola“. Aber der Zentrobalt blieb unerschütterlich: wir sind auf der Welt nicht dazu da, um unsere eigenen Beschlüsse aufzuheben.

Nach langem Streiten kam man endlich zu einem Kompromiß: eine Parade findet nicht statt, die Flotte stellt das Orchester, der Minister wird von den Vorsitzenden der Sowets, des Zentrobalt und außerdem von Vertretern der Menschewisten und Sozialrevolutionären und von dem Kommandierenden der Baltflotte empfangen. Der Vertreter des Zentrobalt wird den Minister als letzter begrüßen. Auf diese Weise schien alles beigelegt zu sein. Der Zentrobalt muß sich nur einige „höhnische“ Bemerkungen gefallen lassen: Alexander Fjodorowitsch Kerenki wird ganz gewiß nicht zu euch kommen, diese Ehre wird er euch nicht erweisen! Nun, um so besser — uns ist es lieber, wenn wir mit seiner Exzellenz nur schriftlich verhandeln werden. Am Tage der Ankunft des Ministers rief ich frühmorgens den Genossen Antonow-Dwsejento telephonisch an und erzählte ihm diese ganze unangenehme Geschichte. Ich dachte, er würde schimpfen. Aber er dachte eine Weile nach und sagte: „Gib nur auf deine Worte acht, wenn du den Minister begrüßen wirst.“ Im übrigen billigte er unsere Politik. Mir wurde besser zu Mute. Die Verantwortung war jetzt immerhin nicht mehr so groß.

Gegen elf Uhr morgens herrscht auf dem Bahnsteig des Helsingforsker Bahnhofs ein Gedränge, daß man nicht durchkommt. Ein Meer von Köpfen. Damen mit prachtvollen Toiletten und leuchtenden Gesichtern versammeln sich zur Begrüßung des Volksministers. Aber Soldaten und Matrosen sind nur wenige da, und sie stehen auch nicht in Reih und Glied. Der Zug kommt an. Eine Bewegung

geht durch die Menge. Das Orchester spielt einen Marsch, die Vertreter der höchsten Ortsbehörde bereiten sich auf die Begrüßung vor. Kerenki steigt mit verbundenem Arm aus dem Wagen, begleitet von jungen Adjutanten. Donnernde Hurruufe. Einer nach dem andern treten sie heran, begrüßen den Minister, drücken ihre „Ergebenheit“ und „Freude“ über den so lange erwarteten Besuch des teuren Gastes aus. Endlich kommt die Reihe an mich. Ich melde auf militärische Art und versuche, die Forderungen der Flotte genau zu formulieren. Der Minister runzelt die Stirn, hält es aber nicht für angebracht, mich vor aller Augen zu unterbrechen. Darauf setzt er sich in das Auto und fährt nach dem Helsingforsker Sowet, um an der festlichen Sitzung teilzunehmen. Uns — den Zentrobalt fordert man nicht auf, in dieser Sitzung zu erscheinen. Ich komme in unsere Kanzlei, berichte den Kameraden, die mich gesandt haben, über den Verlauf der Begrüßung und sehe, daß einige unzufrieden sind. Der ehemalige Fähnrich Boldyrjow sagt mir vorwurfsvoll: „Jetzt ist es aus mit uns, wir werden alle verhaftet werden!“

Meinetwegen! Wenn es nun einmal sein muß! . . .

Die Sitzung dauerte drei Stunden. Wir sitzen auf der „Viola“ in gespannter Erwartung; wir verlieren noch immer nicht die „Hoffnung“, daß der Minister auch bei uns erscheinen wird.

Das Telephon klingelt. Ich trete an den Apparat.

„Hier Zentrobalt.“

„Es spricht der Sekretär des Volksministers Genossen Kerenki — Dniplo.“

„Sie wünschen?“

„Der Minister, Genosse Kerenki, befiehlt dem ganzen Zentrobalt, punkt vier Uhr beim Kommandierenden der Baltflotte zu erscheinen.“

„Ich bedaure sehr! Der Zentrobalt ist eine Behörde. Wir sind der Ansicht, daß nicht die Behörde einen Minister besucht, sondern der Minister eine Behörde. Wir haben eine ganze Reihe von wichtigen und dringlichen Fragen, die sofort erledigt werden müssen. Bitte melden Sie dem Minister, daß wir ihn bitten, bei uns vorzusprechen.“

Dniplo hängt das Hörrohr ab. Im Zentrobalt entbrennt wieder der Streit. Die Leutchen regen sich auf: es gäbe keine Hoffnung mehr, der Minister würde nicht kommen.

„Ich bitte euch, wie sollte das möglich sein? Er ist doch Marineminister; er kommt, um die



Flotte zu besuchen — wie kann er uns umgehen?“

Das Debattieren dauerte nicht lange, das Warten nahm bald ein Ende.

Direkt von der Sowetsitzung fuhr der Minister zur „Biola“. Man empfing ihn nach altem Seebrauch, am Fallrepp, erstattete die Meldung und forderte zur Sitzung auf. Der Minister ist nervös

und erklärt, daß er nur eine halbe Stunde zur Verfügung habe und diese wolle er uns widmen.

Unser kleiner Saal faßt nicht alle Gäste. Viele müssen im Korridor bleiben. Um keine Zeit zu verlieren, eröffnete ich sofort die Sitzung.

„Ich erteile das Wort dem Volksminister, Genossen Kerenfski, für die Begrüßungsansprache.“

(Schluß folgt.)

## Was sein muß, muß sein.

Von Chr. Baltasar.

(Fortsetzung.)

Bei Wasserhanjste Altes war die Bude immer voll Menschen. Die Budentür war den ganzen Tag weit geöffnet. Im Fenster hingen Beilhelme, Zahnpulver, Leder und dergleichen Sachen. Hoch oben prangte das Schild:

Handel der Lewaschowkaer landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaft.

Alles das lockte die Menschen heran.

„No, kauft doch, kauft doch“, eiferte das Alte die Leute an.“

„Es kauft sich schlecht, wenn man kein Geld hat“, erwiderten manche.

„Wir können einem ordentlichen Mann auch etwas borgen.“

„Borgen macht Sorgen.“

„Aber für die Kinder Spielsachen“, bot das Alte weiter an.

„Eidu, eidu, wozu habt ihr nur die viele Spielsachen? Das wird ja in hundert Jahre nicht all. Ihr hättet besser Hosenzug gebracht.“

„I—ja, Junge“, seufzte das Alte, „es ist nicht mehr wie früher. Da konnte man haben, Herz was begehrt du, und jetzt ist nichts zu haben. Einen Bekannten hab ich in Saratow getroffen, bei dem hab ich früher immer gekauft. Und der handelt jetzt nicht mehr mit Arschinware, sondern mit Spielsachen. Ha, sagt er, alter Snakom. Wenn dein Geld nicht reicht, sagt er, kann ich dir borgen, alter Snakom. I—ja“, seufzte das Alte zum Schluß, „von den alten Händlern sind keine mehr da; drum ist auch keine ordentliche Ware mehr da. Aber das allernotwendigste haben wir doch, guck dich nur mal um.“

Abends klagte das Alte immer:

„Will auch kein Teufel dran an die Ware. Hölzchen, Lampenöl und ähnliche Kleinigkeiten holen

ja die Leute, aber wo eigentlich das Geld drin steckt, das liegt.“

Ja, der Handel ging schlecht.

„Neubauer, sagte einmal das Alte, „Ihr wolltet doch Stiefel kaufen, macht doch mal den Anfang.“

„Du wolltest doch die ersten kaufen.“

„Für mich passen sie nicht“, erwiderte das Alte kleinlaut, „die Schäften sind so kurz.“

„So sagen eben alle.“

„Wißt ihr was“, rief Lewasch, „wir müssen die Sachen verborgen, dann gehts eher fort. Redet den Leuten ein, damit wir das Zeug aus der Bude kriegen, denn manche fangen schon an zu spotten über unsern Handel.“

Das Alte, das eigentlich Einkäufer, Verkäufer und Prikaschik war, hatte nichts dagegen einzuwenden.

„Was sein muß, muß sein“, sagte er und stopfte seine Pfeife.

Aber die Verwaltung mußte sich bald überzeugen, daß die Aussichten ganz trostlos waren. Und die Zahlungstermine kamen immer näher.

„Was anfangen?“ seufzte Lewasch.

„Wenn du aus deinem klugen Kopf nichts heraus kriegst, wie soll ich aus meinem dummen was rausbringen?“

„Da wollen wir noch eins probieren“, sagte Lewasch, dem gerade ein neuer Gedanke kam. „Ich habe gute Bekannte im Ispolkom, in der Remwolbank, im Remselsojus. Ich war diese Tage erst im Rantonvollzugskomitee und ging zum Predsedatel. ‚G’morgen‘, sagte er, ‚setzt euch‘, sagte er, und ich hab mich lange bei ihm unterhalten. Auch der Predsedatel aus der Remwolbank begegnete mir unlängst und reichete mir die Hand. Ueberhaupt sind das lauter passende Männer. Wenn



wir ein gut Wort verleihen, läßt sich was loskriegen. Ich plane da an der zweiten Utschas, wenn wir die kriegen, können wir Unmengen Heu verkaufen. Auch einen Traktor müssen wir uns holen. Wir können für die Leute ackern und dabei Geld verdienen. Alles hängt davon ab, wie wir die Utschas bekommen. Ich fahre ins Kantonvollzugsomitee."

"Wollen das Beste hoffen; das Schlechte kommt von selber", sprach das Alte und stopfte seine Pfeife.

Unverzüglich wurde die Gemeinde angesagt.

"Wenns nur keinen Krawall gibt", sagte Neubauer ganz gedrückt. Der Schreiners Adam hat seine Eck so weit, daß sie der Kooperazia nicht mehr traut. Auch allerhand Nachteile werden der Verwaltung gemacht. Wenn man an eine lustige Gesellschaft herankommt, schweigen alle pumpstill.

Reden zweideutig von Stiefeln, von Salz, von Milchtöpfen, kurzum, es geht über die Bude naus."

"Die laßt nur plaudern", sagte Lewasch ärgerlich; "dem Adam können wir heute das Maul noch nicht schließen, aber solange die Kooperazia nützlich ist, solange sind die Leute auf unserer Seite. Und heute gar — um Land gehen die Leute durch dick und dünn."

"Das ist alles wahr, aber doch . . . sogar der Piephahn kommt nicht mehr. Er will auch nicht mehr fahren für uns, hat er laut gesagt, sonst kriegt er noch was zu zeugen, sagt er."

"Laß sie nur mal zusammenkommen", tröstete das Alte und nahm seine Brille zur Hand; "laßt sie nur murmeln, die machen wir so ruhig wie ein Lämmerschwänzchen." (Schluß folgt.)

## S t r e i f b r e c h e r.

Von Ernst Klaar.

Durch die Straßen nächtlicherweil  
Zieht ein Trupp dahin in Eil:  
Bleiche, zerlumppte Gesellen.  
Scheu und düster irrt ihr Blick;  
Unsichtbar ein Joch im Genick  
Und an den Händen die Schellen.

Noble Herren mit feistem Bauch  
Drücken ganz wider Sitt' und Brauch  
Ihnen die schmutzigen Hände.  
Auf die Schulter vertraulich ein Klaps,  
In der Schenke Wurst und Schnaps  
Als willkommene Spende.

Büttel in Helm und mit Gewehr  
Schreiten martialisch nebenher,  
Lassen das Pflaster erdröhnen,  
Selten die Horde in treuer Hut,  
Hindern, daß einer zuleid was tut  
Diesen verlorenen Söhnen.

Auf den Straßen in Reihen dicht  
Steht das Volk mit bleichem Gesicht,  
Ballt die Fäuste verstohlen,  
Nagte seit langem am Hungertuch,  
Und der Horde manch stiller Fluch  
Hestet sich an die Sohlen.

Denn entbrannt ist der Klassenstreit,  
Der unsägliches Weh und Leid  
Bringt der kämpfenden Masse;  
Aber sie hungert und duldet still,  
Weil sie den Sieg sich ertrohen will,  
Ob auch leer ist die Kasse.

Und nun kommen Genossen der Not,  
Die im Kampf um das karge Brot  
Längst schon Schiffbruch gelitten,  
Die sich um schnöden Judasgewinst  
Haben verkauft zum Schergendienst,  
Wo die andern gestritten.

Büttel und Herren wohlbeleibt,  
Wie man die Herde zur Schlachtbank treibt,  
Treiben die armen Sklaven,  
Die, geblendet von Herrengunst,  
Leider nicht wittern den Schlachthausdunst  
Und die künftigen Strafen.



# Die vereinigte Redaktion

der Zeitungen „Nachrichten“, „Trudowaja Prawda“, „Krote Jugend“,  
„Sei Bereit“ und der Zeitschrift „Unsere Wirtschaft“  
erinnert alle Leser daran, das Abonnement auf  
das Jahr 1927 zu erneuern.

Die Zeitung „Nachrichten“ erscheint  
ab 1. Januar 1927 wieder  
täglich.

Bezugspreis:

Für 1 Monat . . .	—	Rbl. 55	Kop.
„ 3 Monate . . .	1	„ 50	„
„ 6 „ . . .	3	„ —	„
„ 12 „ . . .	6	„ —	„

Für das Ausland 70 Cents monatlich.

Die Zeitschrift „Unsere Wirtschaft“  
erscheint im neuen Jahr wieder  
wöchentlich einmal.

Bezugspreis:

Für 1 Monat . . .	—	Rbl. 40	Kop.
Vierteljährlich . . .	1	„ 15	„
Halbjährlich . . .	2	„ 20	„
Jährlich . . . . .	4	„ —	„

Fürs Ausland für 6 Monate 3 Dollar.

Den Jahresabonnenten der „Nachrichten“ und „Unsere  
Wirtschaft“, die auf das ganze Jahr im voraus ein-  
zahlen, wird ein **deutscher Bauern-**  
**kalender** in Buchform zuge-  
schickt werden.

„Trudowaja Prawda“  
erscheint dreimal wöchentlich,

Bezugspreis:

Für 1 Monat . . .	—	Rbl. 40	Kop.
„ 3 Monate . . .	1	„ 20	„
„ 6 „ . . .	2	„ 35	„
„ 12 „ . . .	4	„ 60	„

Die „Krote Jugend“ erscheint  
zweimal wöchentlich

Bezugspreis:

Für 1 Monat . . . . .	20	Kop.
„ 3 Monate . . . . .	60	„

Für das Ausland 50 Kop. monatlich.

Die Pionierzeitung „Sei Bereit“ erscheint einmal wöchentlich  
und kostet 10 Kopeken monatlich.



# Der Staatsverlag

der Auton. Sozialistischen Räterepublik  
der Wolgadeutschen. Verwaltung:  
P o k r o w s k i, Kommunardenplatz Nr. 4.  
Filiale in Moskau, Twerstaja 24.

Buchhandlungen in Pokrowsk, Marystadt, See!mann, Krasny-Kut, Balzer und Saratow.  
Handel mit Büchern, Kanzleizubehör, Schreibutensilien und photographischen Artikeln

## Neue Bücher



## Neue Bücher

erschienen!

	Rbl.	R.
1. Milch und Milchwirtschaft Von Agronom Strandt . . . . .	—	75
2. Das deutsche rote Vieh als Zuchtmaterial. Von Agronom Löwen . . . . .	—	50
3. Wie Krippen und Kinderspielplätze im Dorfe organisiert werden Von A. Sorina . . . . .	—	25
4. Die Bäuerin im Kampfe mit dem Analphabetentum. Von A. Mechoschina . . . . .	—	25
5. Die Kommunistische Partei und die Bäuerin. Von B. Moirowa . . . . .	—	35
6. Das Gesetz über den obligatorischen Militärdienst . . . . .	—	40
7. Die professionelle Bewegung auf neuen Bahnen. Von M. Tomski . . . . .	—	35
8. Satzungen (Statuten) der Kommunistischen Partei der Sowet-Union (Angenommen vom XIV. Parteitag) . . . . .	—	15
9. Pionier und Lehrer . . . . .	—	10
10. A.B.C. der Hygiene des Kindes. Von Professor J. N. Bystrenin . . . . .	—	45

Ausgezeichnete Literatur für Jugendliche und Pioniere.  
Bestellungen auf ausländische deutsche Bücher werden  
schnellstens besorgt.

**Verlangt den neuesten Preiskatalog!**